

Sozialarbeit – von Heuchelei bis Schadenfreude

VON ULRICH SCHÜTZ

LEVERKUSEN Die CDU-Fraktion prognostiziert düstere Zeiten für die Schulsozialarbeit: Die Sicherung der zusätzlichen zehn Schulsozialarbeiter, die bisher vom Bund bezahlt wurden, sei nach dem Ratsbeschluss von Montag sehr fraglich: „Das Projekt steht vor dem Aus“, schrieb der schulpolitische CDU-Sprecher Bernhard Marewski in Vertretung für das Ratsbündnis aus CDU, Grünen und Opladen Plus. Die SPD trage dafür die Schuld.

Auslöser des Streites um die Schulsozialarbeiter ist der städtische Vorschlag, die Finanzierung der nötigen 650 000 Euro ausnahmsweise über eine Erhöhung der Grundsteuer B zu ermöglichen (Wir berichteten). Die FDP und auch die SPD sowie andere Ratsvertreter lehnten diesen „Griff in die Tasche der Bürger“ ab. Die SPD fordert die Finanzierung aus dem städ-

tischen Rückstellungstopf zum „Rossmann-Streit“. Finanzdezernent Frank Stein hatte dies schon am Montag als rechtswidrig bezeichnet.

Die Stadt soll mehr Fantasie einbringen bei der Suche nach Lösungen, forderte gestern die FDP. Trotz des jetzigen Ratsbeschlusses sei die Schulsozialarbeit nicht gefährdet, ergänzte FDLeV-Vorsitzende Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens.



Wirft der SPD „Heuchelei“ vor: CDU-Ratsherr Bernhard Marewski.

Deutliche Schadenfreude zeigte FDP-Ratsherr Friedrich Busch: Erstmals habe eine Ratsmehrheit dem neuen Bündnis aus CDU, Grünen und Opladen Plus eine „schwere Abstimmungsniederlage“ beschert. Und: „CDU und Grüne müssen sich daran gewöhnen, dass ihre Anträge nicht mehr automatisch eine Mehrheit finden.“ Es müsse jetzt im Vorfeld von Entscheidungen mehr Abstimmungsgespräche geben. „Künf-



Attackierte den Oberbürgermeister: Peter Ippolito (SPD). FOTOS: UM/SPD

tig“ würden die Beratungspapiere der Stadt eben „kritischer hinterfragt“. Zur Erinnerung: Die FDP gehörte in der vorigen Ratsperiode zu den Partnern von CDU und Grünen und damit zum Mehrheitsbündnis, das Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn voll unterstützte.

CDU, Grüne und Opladen Plus werfen ihren Gegnern auch vor: „Wer sich wie SPD, Bürgerliste und FDLeV vordergründig für die beabsichtigte Sicherung von zehn Schulsozialarbeitern für 2015 und folgende Jahre ausspricht und dann nicht sagt, woher das Geld dafür verlässlich kommen soll, handelt heuchlerisch.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Ippolito hatte den Oberbürgermeister im Rat attackiert. Buchhorn habe vor den Ferien signalisiert, die Schulsozialarbeiter über Einsparungen finanzieren zu können, nun gehe es nicht: „Das zeigt, wie gut der Verwaltungschef seinen Etat kennt“, stichelte Ippolito.